

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Blatvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Kampf der englischen Arbeiter. Neue Einigungsvorschläge.

London, 14. Mai. Daily Express zufolge wird Lloyd George voraussichtlich die Führer der Bergwerksarbeiter und die Grubenbesitzer auffordern, mit ihm in der nächsten Woche in Chequers zusammenzukommen, um gänzlich neue Vorschläge zu prüfen.

Die englischen Transportarbeiter fordern die Kohlenblockade.

London, 14. Mai. (Reuter.) Eine Versammlung der Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter nahm eine Entschlieung an, in der es heißt: Nachdem beschlossen worden ist, die Sperre auf eingeführte Kohle zu verschärfen, lenken wir die Aufmerksamkeit der holländischen und französischen Transportarbeiter besonders auf die Entschlieung des Internationalen Transportarbeiterbundes auf dem Genfer Kongress hin, der eine Kohlenblockade für England vorschlägt, und fordern, daß der Genfer Entschlieung die weitestgehende Wirksamkeit verliehen werde.

London, 14. Mai. (Reuter.) Nach erregten Erörterungen hat eine Massenversammlung der Eisenbahner in Glasgow sich mit überwiegender Mehrheit gegen einen Ausstand ausgesprochen.

Der Solidaritätsstreik der belgischen Hafenarbeiter.

Antwerpen, 17. Mai. (T.L.) Der Solidaritätsstreik der belgischen Hafenarbeiter mit den englischen Bergleuten und Transportarbeitern ist allgemein. Die in dem Antwerpener und Genfer Häfen liegenden Kohlen werden nur mit der Bestimmung nach Frankreich und Holland verladen.

Generallstreik der Eisenbahner in Belgien?

Brüssel, 14. Mai. (Havas.) Die Eisenbahner sind der Ansicht, daß die Regierung nicht genügend Entgegenkommen gegenüber ihren Forderungen gezeigt habe. Sie bereiten Maßnahmen für einen Generallstreik vor, der sehr nahe bevorzustehen scheint. Man glaubt, daß die Befehle heute noch an das Personal in der Provinz gegeben werden. In der Eisenbahnabteilung hat man Maßnahmen getroffen, um auf alle Möglichkeiten gefaßt zu sein.

11. Brüssel, 17. Mai. Für den heutigen Dienstag erwartet man den allgemeinen Streik der Eisenbahner, Post- und Telegraphenangestellten. Der Streik sollte schon über das Pfingstfest ausbrechen, ist aber verschoben worden, um das Zustandekommen von Einigungsverhandlungen nicht zu gefährden.

Die bayrische USP. gegen die Fahr-Regierung.

München, 17. Mai. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Vom 14. bis 16. Mai tagte in München der zweite Landesparteitag der USPD Bayerns. Am Bahnhof wollten unsere Genossen für das Empfangskomitee eine rote Fahne aufstellen, um den ankommenden Genossen die Orientierung zu ermöglichen. Die Polizei verbot natürlich die rote Fahne und als dann das Empfangskomitee eine Tafel aufstellen wollte mit der Aufschrift „Landesparteitag der USPD“, wurde auch diese Tafel eingezogen (!). Die Delegierten und Gäste bekamen so von vornherein gleich einen richtigen Geschmack von der „Ordnung“, die in München herrscht. Auf dem Parteitag wurde u. a. von dem Genossen Winter ein Referat erstattet über die innen- und außenpolitische Lage unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Er kennzeichnete dabei das feroce Spiel der bayrischen Regierung, die ihre Einwohnerwehr höher stellt als das Schicksal des bayrischen Volkes. In einer Entschlieung, die einstimmig angenommen wurde, heißt es: „Die heutige bayrische Regierung erweist sich als das gefährlichste Hindernis für eine im Interesse des deutschen Volkes liegenden grundsätzlichen Wendung der deutschen Außenpolitik. Ihre Beseitigung ist das dringendste Gebot der gegenwärtigen politischen Lage.“

Die Kosten der Simonschen Verschleppungspolitik.

Die Kosten des Ruhrreinmarsches sollen auf Deutschland abgewälzt werden.

Strasbourg, 14. Mai. Nach einer Pariser Meldung der Rheinagentur hat der französische Kriegsrat beim Völkervertrag befürwortend beantragt, daß die Kosten der militärischen Vorbereitungen in Frankreich für den Ruhrreinmarsch zu Lasten Deutschlands fallen.

Laut Meldung der Rheinagentur wird die Mobilmachung der französischen Rheinflotte aufrechterhalten, damit diese für den Fall plötzlich notwendig werdender Truppentransporte verfügbar ist. In Strasbourg sind am Donnerstag weitere tausend Mann Kolonialtruppen aus Marseille eingetroffen. Die Kasernen sind derart überfüllt, daß Truppen in den Schulen untergebracht werden mußten.

Aufhebung der Zwangsmaßnahmen?

Paris, 14. Mai. Ein Telegramm des Berliner Berichts-erstatters von Reuter erklärt, daß die britische Regierung einer Aufhebung der im Verfolg der Londoner Konferenz im März verhängten Zwangsmaßnahmen günstig gesinnt sei. Der diplomatische Mitarbeiter von Havas glaubt zu wissen, daß die französische Regierung ganz im Gegensatz hierzu Anhängerin der Beibehaltung dieser Maßnahmen ist, welche gemeinsam in London beschlossen wurden, und daß sie diese ihre Auffassung in London bekanntgegeben hat. Nach einer weiteren Reutermeldung findet zur Zeit ein Meinungsaustausch zwischen den Alliierten über diese Frage statt.

Die Garantiekommision.

Paris, 15. Mai. Der Finanzschatz schreibt, daß die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Ende Mai nach dem Londoner Abkommen zu errichtenden Garantiekommision bereits eingeladen worden seien. Die Kommission wird ihren Sitz in Paris und Vertretungen in Deutschland haben. Das Blatt glaubt zu wissen, daß eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt sei, den Vorsitz dem französischen Vertreter Tannery zu übertragen. Tannery ist bei den letzten Konferenzen in London über die Reparationsfrage als Finanzschatzpräsident aufgetreten.

Protest der französischen Gewerkschaften gegen die Gewaltpolitik.

Paris, 14. Mai. Die Verhandlungen des Nationalrats der C. G. T. sind gestern abend zu Ende gegangen. In der Nachmittagsitzung wurde über die internationale Lage gesprochen und mit 85 gegen 29 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, in der protestiert wird gegen die gewaltsame Lösung des Friedensvertrags von Versailles, die die Regierung zur Anwendung von Sanktionen und militärischen Interventionen gegen das deutsche Volk geführt habe. Diese Resolution wendet sich gegen die Mobilisation und erklärt, man rüde ab von einer Politik, die die Jugend des Landes in Verührung bringe mit den Krankheiten der Kaserne, und neue Schmerzen zu den durch den Krieg verursachten bringen müßte. Die Resolution verurteilt jede Maßnahme, die dem deutschen Proletariat allein die Folgen des Krieges und die Wiedergutmachungspflichten auferlegt. Die Besetzung des Gebiets sei ein internationales Verbrechen gewesen. Die Tatsache, daß man die Lasten des Krieges allein von den Arbeitern zahlen lasse, sei ein unerträglich Mißbrauch des internationalen Proletariats. Die Resolution macht sich das Wiederaufbauprogramm der Gewerkschaftsinternationale zu eigen und erklärt, daß dadurch die Kriegsschuld beseitigt und der Weltfrieden wiederhergestellt werden könne. In der Debatte haben die Extremisten der Mehrheit der französischen Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, in der Suche nach der Kriegsverantwortlichkeit die Formel angenommen zu haben, Deutschland werde alles zahlen. Was die Gewerkschaften gegen den Krieg getan hätten, sei ungenügend.

Die italienischen Parlamentswahlen.

Rom, 17. Mai. Nach den ersten Berichten über die Ergebnisse des Wahlkampfes scheinen die Wahlen die Kammerzusammensetzung nicht erheblich verändert zu haben. Die Wahlbeteiligung war stärker als das letzte Mal. Die Tribuna berechnet, daß wahrscheinlich der nationale Block der verfassungstreuen Demokratischen Partei 285 Sitze, die Sozialisten 110, die Kommunisten 15, die Katholiken 107, die Republikaner 15, der Nationale Block 43 und die Slawen und Deutschen 11 Sitze erhalten werden. Danach ergibt sich eine erdrückende Mehrheit der verfassungstreuen Parteien.

Rom, 15. Mai. (Stefani.) Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind heute im ganzen Lande einschließlich der neuen Provinzen vorgenommen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 50 bis 70 Prozent; in manchen Wahlkreisen war sie stärker als im Jahre 1919. Namentlich in Rom war die Wahlbeteiligung stark. In Aufstörungen ist es nur in der Provinz Neapel gekommen. In Ponticelli wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Kommunisten eine Person getötet. Auch aus Messina wird ein Toter gemeldet.

Blutige Zusammenstöße in der Provinz.

Mailand, 17. Mai. (T.L.) Bei den Wahlen ist es in der Provinz zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Aus vielen Orten werden Tote und Verwundete der drei miteinander kämpfenden Parteien gemeldet.

Verlagung der Anschlußabstimmung in Salzburg?

Wien, 17. Mai. (T.L.) Die auf den 29. Mai in Salzburg anberaumte Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland dürfte nicht stattfinden. Der Bundeskanzler Dr. Mayr führte den Vertretern der Landesregierungen aus, daß im Falle der Fortsetzung der länderweisen Abstimmung über die Frage des Anschlusses, die Frage der Kreditgewährung gefährdet sei. Frankreich drohe, in der westungarischen Frage sich auf Seite Ungarns zu stellen und es bestehe Grund zu der Annahme, daß Jugoslawien in Kärnten einzumarschieren drohe.

Keine Spekulations-Politik.

Im Vorabend des Pfingstfestes wurde der deutschen Öffentlichkeit das ziemlich ungewöhnliche Schauspiel besetzt, daß der englische Premierminister sich mit Entschiedenheit und in lebhafter Sprache für das deutsche Recht in Oberschlesien einsetzte. Der englisch-französische Gegensatz, der sich darin kundgab, wurde verschärft durch die Erwiderung, die Briand noch am Sonnabend in die Welt gehen ließ. Es ist mit der Einigkeit in der Entente nicht weit her, wenn die Leiter der beiden in ihr führenden Staaten vor aller Öffentlichkeit ihre Meinungsverschiedenheiten austragen. Nur darf man sich deswegen nicht vorhastigen Hoffnungen auf einen Zusammenbruch des Ententesystems und des Versailles-Vertrages hingeben.

Das sollen alle jene bedenken, die immer noch nicht den Gedanken aufgeben wollen, daß Deutschland mit Waffengewalt den polnischen Aufstand niederzuschlagen sollte. Die Rede des englischen Ministerpräsidenten ändert an der Tatsache, daß ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands im Osten den Krieg mit Frankreich und Polen und den Verlust des Ruhrreviers und Oberschlesiens bedeuten würde, sehr wenig. Die temperamentvollen Worte, die Lloyd George in einer jener Augenblickswallungen gesprochen hat, die ihn auszeichnen, bieten für Deutschland keinerlei tröstliche Gewähr, daß es in einem solchen Falle auch nur mit woffwollender Neutralität Englands rechnen könne. Der große Demagoge, der an der Spitze der englischen Geschäfte steht, ist nicht über Nacht Deutschenfreund geworden, noch ist ihm die Umwandlung gekommen, um des Rechtes willen den Bund mit Frankreich zu zerreißen. Hinter dieser plötzlichen Begeisterung für gerechte Behandlung Deutschlands stecken ganz nüchterne Interessen des englischen Kapitalismus. Der Uebergang Oberschlesiens an Polen würde ein sehr wichtiges Kohlenfeld Europas unter vorwiegend französischen Einfluß bringen. Der französische Kapitalismus würde den Rahm abschöpfen von der Ausbeutung des großen und zukunftsreichen ober-schlesischen Montanbezirks. Auch die politische Stellung Frankreichs würde durch die erneute Schwächung Deutschlands und die Verstärkung Polens, das der ergebene Vasall Frankreichs ist, mächtig gestärkt werden und Englands Politik geht dahin, den großen Verbündeten, der zugleich sein Konkurrent auf dem Weltmarkt ist und der schon eine überragende Stellung auf dem Kontinent erlangt hat, nicht gar zu übermächtig werden zu lassen. Indes wird sich England bei alledem schwer hüten, es bei der Unsicherheit, in der die allgemeine Weltlage sich noch befindet, bei der Unberechenbarkeit der Gefahren, die ihm in seinen Kolonien von der hochschwelligen Propaganda drohen, wegen solcher Meinungsverschiedenheiten die Entente selbst aufs Spiel zu setzen. Die Zeit, wo die Grundlagen dieses Systems ernstlich ins Wanken kommen können, ist sicherlich noch nicht da, dazu liegt der Krieg viel zu kurz hinter uns. Es sind häusliche Streitigkeiten, die die Partner des Bundes untereinander austragen, in denen freilich mit starken Mitteln gekämpft wird, häusliche Streitigkeiten, aus denen ein Dritter keinen Gewinn zu ziehen hoffen darf. Sie sind nicht Affäre, die dem Gebäude schon gefährlich werden, sie zeigen nicht mehr an als das eine, daß dieses Zwangs-Netz nicht für die Ewigkeit gebaut ist.

Die deutsche Arbeiterklasse muß deshalb mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß das, was durch die Unterzeichnung des Ultimatum vorerst verhindert wurde, nicht etwa nachträglich durch eine Banque-Politik in der ober-schlesischen Frage, die auf dem schmalen Grat des englisch-französischen Gegensatzes zu balancieren unternimmt, schließlich doch noch über Deutschland gebracht wird. Der Reichsanstatter Wirth hat noch, bevor die Reden Lloyd Georges und Briands bekannt waren, dem Vertreter eines amerikanischen Blattes, der Chicago Tribune, erklärt, daß Deutschland nicht den Wunsch habe, die Reichswehr gegen die polnischen Aufständischen marschieren zu lassen; es würde sich bescheiden, wenn die Alliierten die feste Erklärung abgaben, daß sie niemals die durch den polnischen Aufstand geschaffene Lage anerkennen würden und wenn sie die widersprechlichen Polen mit ihrer ganzen Gewalt zwingen würden, sich dem Urteilspruch der Entente zu unterwerfen. Das ist in der Tat die Richtschnur, nach der die deutsche Politik in der ober-schlesischen Frage jetzt allein geführt werden kann, nachdem die deutsche Regierung es kräftigerweise unterlassen hatte, eine Verständigung mit Polen über den Zankapfel zu suchen. Der Friedensvertrag verpflichtet uns, die Entscheidung der Alliierten über die Folgen, die aus der Volksabstimmung zu ziehen sind, anzuerkennen. Eine Politik der Gewalt könnte höchstwahrscheinlicherweise diese Entscheidung nur zumungunsten Deutschlands beeinflussen, sie würde die Stellung Englands, das zur Zeit bestrebt ist, den französisch-polnischen Machtkomplex zu beschränken, schwächen; es müßte notwendigerweise mit seinen Bundesgenossen sich gegen den Brecher des Friedensvertrags wenden. Daß die Rede Lloyd Georges überhaupt nicht die Ermächtigung für Deutschland bedeutet, seine Truppen marschieren